

Das neue Asylgesetz: Auswirkungen auf das Leben von Geflüchteten und Nachbarn

„Ich fühle mich wie im Knast!“

Barth. „Ich fühle mich wie im Knast. Man kann sich nicht bewegen, muss hier bleiben!“ So beschrieb ein Syrer am Mittwochabend während der Informationsveranstaltung des Barther Willkommensvereins die Auswirkungen des neuen Asylgesetzes. Es ist seit August 2016 in Kraft. Gregor Kochhan vom Netzwerk „Greifswald hilft Geflüchteten“ erläuterte das Gesetz. Es enthält Neuerungen zum Aufenthaltsrecht und zu Wohnsitzauflagen. Durch ein Verteilungssystem des Bundes leben gegenwärtig 450 Geflüchtete in Barth. Die Wohnsitzauflage des Asylgesetzes verpflichtet sie dazu, noch drei Jahre nach Erteilung ihrer Aufenthaltserlaubnis in Mecklenburg-Vorpommern zu bleiben.

Mehrere Geflüchtete machten während der Veranstaltung deutlich, dass sie gerne in ein anderes Bundesland ziehen würden, wo es Arbeitsmöglichkeiten gibt. Für viele vergeht die Zeit sinnlos mit Warten: auf den Asylbescheid, auf Erteilung der Ausweispapiere, auf Teilnahme an einem Integrationskurs, auf eine Arbeit oder Weiterbildung.

Karin Böttger vom Willkommensverein bot an, Flüchtlingen mittwochs ab 18 Uhr in der Alten Post für Fragen zur Verfügung zu stehen. dl

Über Bräuche und Sitten in Tansania

Barth. Caroline Hoffmann hat in Tansania gelebt. Über die dortigen Gepflogenheiten hielt die Greifswalder-Lehrerin am Mittwochabend während der Info-Veranstaltung des Barther Willkommensvereins einen Lichtbildervortrag. „Ich möchte Sie ermutigen, Dinge richtig zu finden, die andere machen, auch wenn wir das aus unserem Heimatland nicht so gewohnt sind“, sagte sie. Die junge Frau schwärmte von der Herzlichkeit, mit der sie im Land aufgenommen wurde. Sie machte deutlich, dass Integration wesentlich schneller gehe, wenn Einheimische und Flüchtlinge aufeinander zugehen und bereit sind, voneinander zu lernen.

„Ich würde in Barth auch gern über meine Kultur reden und sie vorstellen“, sagte ein syrischer Flüchtling. Daraufhin wurde im Willkommensverein angeregt, einmal monatlich einen Bürgertreff auszurichten. dl



Unter den 70 Besuchern des Info-Abends waren auch viele Flüchtlinge.

FOTO: DETLEF LÜBCKE

Energieverschwender sollen in kleinere Wohnung ziehen

Wobau-Geschäftsführer reagiert auf Einwohner-Beschwerden

Von Detlef Lübcke

Barth. Die Wohnungsbaugesellschaft (Wobau) in Barth hat etwa 70 Wohnungen an Flüchtlinge vermietet. Davon sind 38 sogenannte Wohngemeinschafts-Übergangswohnungen. Die Wobau hatte sie kurzfristig zur Verfügung gestellt, um allein reisende Flüchtlinge, die vorübergehend in den umliegenden Jugendherbergen untergebracht waren, unterzubringen, bis sie eine endgültige Wohnung gefunden hatten. Aus diesem Provisorium wurde jedoch ein Dauerzustand. Aber das soll sich nun ändern.

Schluss mit Überbelegungen

Ab dem 1. April wird die Wobau für diese Wohnungen verantwortlich sein. Das teilte Reinhard Marx am Mittwochabend auf einer Informationsveranstaltung des Vereins „Willkommen in Barth“ mit. Marx ist Geschäftsführer der Wobau und zugleich Vorsitzender des Vereins. „Aufgrund dieser Änderung müssen wir die Nutzungsverhältnisse mit den Bewohnern neu regeln und werden deshalb die Bewohner zu Gesprächen einladen“, sagte Marx.

Gleichzeitig will die Wobau die Überbelegung von einzelnen Wohnungen beenden. Den Betroffenen soll anderer Wohnraum angeboten werden. Die Wobau hofft, dass mit einer Überbelegung verbundene

Belästigungen der Hausgemeinschaft damit ein Ende haben. Marx reagierte damit auf eine Einwohnerversammlung im Stadtteil Barth-Süd. Mehrere Barther hatten sich beschwert, dass es dort durch den Zuzug von Flüchtlingen und deren Lebensgewohnheiten Probleme gebe (die OZ berichtete).

„Bis jetzt konnten die Bewohner der 38 Wohnungen das Wohnen in der Hausgemeinschaft noch üben“, sagte Reinhard Marx. Zum 31. März ende die Probephase. Ab 1. April seien die Bewohner selbstständig. „Dann werden wir uns auch verstärkt um die Einhaltung der Hausordnung kümmern – mit vollem Programm: Einhaltung von Ruhezeiten, Kontrolle der Treppenhäusreinigung und Mülltrennung“, kündigte der Wobau-Chef an.

Reinhard Marx ging in der von 70 Geflüchteten und Einheimischen besuchten Informationsveranstaltung auch auf die hohen Heizkosten bei einigen Migranten ein. Die Wobau sei gerade dabei, die jährlichen Abrechnungen für die Betriebs- und Heizkosten zu erstellen. „Wir haben dabei festgestellt, dass die Energiekosten bei einigen völlig aus dem Ruder gelaufen sind, aber wiederum bei anderen ganz normal ausgefallen sind.“ Für die Prüfung der Angemessenheit des Heizungsbedarfs beziehe sich das Wohnungsunternehmen auf eine Vorschrift des Landkreises



Wir haben festgestellt, dass die Energiekosten bei einigen völlig aus dem Ruder gelaufen sind.

Reinhard Marx
Wobau-Geschäftsführer

Vorpommern-Rügen. Sie enthalte Vergleichswerte. Nach diesen Werten werde die Angemessenheit der Aufwendungen beurteilt.

Informieren reicht nicht

„Wir werden die ‚Ausreißer‘ zu einem persönlichen Gespräch bitten, um sie über richtiges Heizverhalten zu informieren“, erklärte Marx.

Zugleich machte er deutlich, dass es nicht ausreiche, nur zu informieren. Die Vorschläge müssten auch angenommen werden. „Anderenfalls droht den Betroffenen der Umzug in eine kleinere Woh-

nung, weil der Landkreis nicht bereit ist, die unnötigen Kosten längerfristig zu tragen.“

Integrationslotse gesucht

Zurzeit suche das kommunale Wohnungsunternehmen gemeinsam mit dem Jobcenter nach einem Integrationslotsen, einer Person mit arabischer Muttersprache und guten Deutschkenntnissen. Der Integrationslotse soll dann die Vertragsverhältnisse mit den Migranten, aber auch die Migranten selbst betreuen. Beispielsweise begleitet er sie zu Beratungsstellen, Schulen und Ärzten oder unterstützt sie bei bürokratischem Schriftverkehr. Außerdem soll der Lotse als Mittler zur Wobau und dem Barther Willkommensverein auftreten. Der Verein kümmert sich in der Boddenstadt schwerpunktmäßig um die Flüchtlingsarbeit. Er hat bislang jedoch kaum Zugang zu den Bewohnern der Wohngemeinschafts-Übergangswohnungen gefunden.

„Für die Wohnungsnachbarn unserer Migranten ist der Integrationslotse Beschwerdestelle bei Nichteinhaltung der Hausordnung“, sagte Marx. Für die Wobau und den Willkommensverein stehe er als Dolmetscher zur Verfügung.

Der Willkommensverein hatte den Abend initiiert, um über das Leben miteinander in Barth nach dem neuen Asylgesetz zu informieren und miteinander ins Gespräch zu kommen.